

Medienmitteilung

Ausfinanzierung Pensionskasse Kanton Solothurn

Die BDP Kanton Solothurn begrüsst den Vorschlag der Finanzkommission (FIKO) einer stärkeren Beteiligung der Versicherten bei der Ausfinanzierung der PKSO.

Die FIKO schlägt vor, den Arbeitgeberbeitrag für den Teuerungsausgleich von 1 Prozent ganz für die Ausfinanzierung der PKSO zu verwenden. Somit wird die öffentliche Hand während den nächsten 40 Jahre jährlich um rund 7 Mio. entlastet.

Die BDP Kanton Solothurn forderte bereits nach der ersten Sitzung der FIKO eine höhere Beteiligung der Versicherten. **Der Entscheid der FIKO an ihrer zweiten Sitzung liegt nun ganz im Sinne der BDP Kanton Solothurn!** Diese Lösung entlastet die Kantonsfinanzen im Gegensatz zum Vorschlag der Regierung wesentlich, so dass eine Steuererhöhung verhindert werden kann. Die BDP Kanton Solothurn ist zudem überzeugt, dass der Staat als Arbeitgeber durch diese Lösung kaum an Attraktivität verlieren wird.

Ebenfalls im Sinne der BDP Kanton Solothurn ist der Entscheid der FIKO und der Regierung, dass sich die Gemeinden an der Ausfinanzierung der PKSO beteiligen sollen. Die Gemeinden sind neben dem Kanton ebenfalls Arbeitgeber und müssen ihren Anteil an der Ausfinanzierung der PKSO genauso beitragen.

Einer allfälligen Volksabstimmung sieht die BDP Kanton Solothurn mit dieser Variante optimistisch entgegen, da somit dem Wähler aufgezeigt werden kann, dass sich alle Beteiligten vom Rentner über den Arbeitnehmer bis zu Gemeinde und Kanton angemessen an der Ausfinanzierung der PKSO beteiligen!

Auskunft:

Markus Dietschi, Präsident BDP Kanton Solothurn 079 673 93 78

05.06.2014